

# Editorial

Ist die Zeit des Klagens vorbei? Die Erzeugerpreise für viele Lebensmittel befinden sich jedenfalls in kaum gekannten Höhen. Die Weltmarktpreise für Weizen stiegen innerhalb eines Jahres um 80 Prozent, die für einige Milchprodukte haben sich gar verdreifacht. Lange Zeit von der Agrarlobby als „utopisch“ angesehene Forderungen aufmüpfiger Milchbauern nach mindestens 40 Cent pro Liter (30 Prozent mehr als bisher) sind damit in diesen Monaten in Deutschland vielerorts erfüllt – wohl auch wegen des angedrohten Milchstreiks!

Aber nicht alle jubeln. Wie könnte es auch anders sein bei einer Bevölkerung, der seit Jahrzehnten vorgegaukelt wird, dass die Preise für Lebensmittel nur *eine* Richtung kennen dürfen – nach unten. Von „Preisschock“ ist in den Gazetten die Rede, von „übler Abzocke“. Der Protest ist aber nicht nur einer der üblichen Empörungsreflexe. Er ist insoweit durchaus berechtigt, als wieder einmal die Verarbeiter und der Handel die Chance genutzt haben, um deutlich mehr als nötig aufzuschlagen und sich auf diesem Wege eine Verschnaufpause in dem ruinösen Dumping-Wettbewerb der letzten Jahre zu gönnen. Die Verbraucher differenzieren offenbar: Die Bauern sollen vom größer gewordenen Kuchen ruhig mehr erhalten, die Lebensmittelindustrie aber bitte nicht.

Was wie ein großes Preis-Wunder wirkt, mit dem vor einem Jahr noch niemand gerechnet hat, hat seine Ursache in einem ganzen Bündel an Ereignissen, die zugleich zeigen, wie globalisiert die Agrarmärkte bereits sind: Genannt werden schlechte Wetterbedingungen in wichtigen Exportländern (dabei vor allem eine anhaltende Dürre in Australien) und die steigende Nachfrage nach Milch und Fleischprodukten in Schwellenländern wie China. Entscheidender dürften aber Wetterkapriolen im eigenen Land mit entsprechenden Ernteeinbußen gewesen sein, Produktionsrückgänge bei Milch und Getreide, der bereits drohende Milchstreik der Milchbauern, vor allem aber der massive Abbau der Lagerbestände und der staatlichen Marktinstrumente sowie Exportsubventionen.

Zu all den (vermeintlichen wie realen) Begründungen für den aktuellen Anstieg der Preise kommt die rapide wachsende Nachfrage nach Energie und Treibstoffen aus agrarischen Rohstoffen, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen dürfte.

Hier entstehen ganz neue Konkurrenzen um die begrenzten Anbauflächen dieser Erde. Der Skandal ist ein ruinöses Preisniveau für Lebensmittelrohstoffe, das seit Jahren sogar unter dem Energiepreis von Rohöl liegt. Für immer mehr Landwirte lohnt es sich daher (nicht

zuletzt dank staatlicher Förderung), statt Nahrungs- und Futterpflanzen im großen Stil Energiepflanzen anzubauen. Und dies nicht nur bei uns, sondern auch in den armen Ländern des Südens, wo sich die einheimische Bevölkerung die teuren Lebensmittel immer weniger leisten kann. Die ruinösen Preise der letzten Jahre haben – einhergehend mit vermehrtem Anbau von Exportprodukten durch agroindustrielle Unternehmen – die bäuerlichen Strukturen zerstört. Die Ernährungssouveränität ganzer Regionen und Staaten ist weggebrochen. Vor diesem Hintergrund fordert der UNO-Sonderbeauftragte für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, denn auch bereits ein Moratorium für die Produktion von Agrosprit: „Die Umwandlung von fruchtbarem Ackerland zur Herstellung von Biokraftstoffen ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“

Aber nicht jede Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung steht unter diesem Verdikt. So sind durchaus verantwortbare Varianten denkbar und machbar. Es gibt bereits genügend Beispiele, wo die energetische Nutzung von Biomasse dezentral in bäuerlicher Hand verblieben ist, ökologisch verträglich betrieben und zudem für sinnvolle Zwecke eingesetzt wird: etwa dann, wenn aus Reststoffen wie Gülle und Bioabfall, die auf dem eigenen Hof anfallen, Strom und Wärme gewonnen wird – anstatt im Vertragsanbau mittels Monokulturen von Raps und Mais den Energiehunger unserer mobilen Gesellschaft zu stillen. Statt pauschaler Ablehnung gilt es daher differenziert zu bewerten: *Wer produziert was wie und vor allem wofür*. Zu debattieren ist auch, was die Politik tun kann, um ökologisch wie sozial verträgliche Formen der energetischen Biomassenutzung zu fördern und die Fortschreibung des sich „bio“ gebenden agroindustriellen Irrsinns auf dem neuen Felde der Energieerzeugung zu verhindern.

Die Diskussion um diese Fragen ist zurzeit nicht nur in Deutschland, sondern weltweit entfacht. Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen und Neujustierungen der staatlichen Förderregime sind in Arbeit, denn die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kollateralschäden des neuen Biomasse-Booms werden immer deutlicher erkennbar. Er verschärft die Folgen der weltweiten industrialisierten Landwirtschaft. Genügend Gründe, um die Landwirtschaft unter diesen neuen Vorzeichen in ihrer jahrtausendealten Rolle als Erzeuger auch von nachwachsenden Rohstoffen mit dem vorliegenden Agrarbericht kritisch unter die Lupe zu nehmen. Allein elf der insgesamt 43 Beiträge sind diesem Schwerpunkt gewidmet.

Gerade noch rechtzeitig vor Redaktionsschluss veröffentlichte die EU-Kommission Ende November ihren „Gesundheitscheck“ der derzeitigen Förderpolitik und eröffnete damit die wahrscheinlich wichtigste agrarpolitische Debatte der kommenden Monate. Die Signale aus Brüssel lassen aufhorchen: größere Umschichtungen von Agrarzahlungen zugunsten der ländlichen Entwicklung sind geplant.

Für Aufsehen in den entsprechenden Kreisen sorgte vor allem die Ankündigung, die immens hohen Subventionen bei den Großbetrieben deutlich zu kürzen, die weder Arbeitsplätze schaffen noch besondere Umweltleistungen für die Gesellschaft erbringen. Diese Korrektur der derzeitigen Förderpolitik war längst überfällig. Denn heute bekommen 1 Prozent der Prämienempfänger 30 Prozent der Prämien – *ohne* irgendeine nennenswerte Gegenleistung für die Gesellschaft zu erbringen! Die Kommission ahnt offenbar, dass sich eine solche Förderpolitik auf Dauer den Bürgerinnen und Bürgern nicht erklären lässt.

Neben den vielen anderen Themen, über die es auch in diesem Jahr zu berichten gilt (von „A“ wie Agrardumping in Afrika bis „Z“ wie Zuchtmonopole der internationalen Agroindustrie) sei an dieser Stelle auf ein neues Problemfeld hingewiesen, das wir von nun an in unserem Jahrbuch kritisch ausleuchten werden: die Lage unserer Wälder. Immerhin ein Drittel unserer Staatsfläche besteht aus Wäldern, über deren Zustand – ginge es nach der Politik – die Öffentlichkeit immer weniger erfahren soll.

Die Bundesregierung plant jedenfalls, die eigenen Waldschadensberichte nur noch einmal in der Legisla-

turperiode zu veröffentlichen, um auf diese Weise unangenehme Diskussionen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Umso wichtiger, dass der Kritische Agrarbericht auch dem Wald und der Forstpolitik (wieder) ein eigenes Kapitel widmet.

So weit ein erster Überblick über das Kaleidoskop an Themen, die im vorliegenden Kritischen Agrarbericht behandelt werden.

Unser Dank geht auch in diesem Jahr an die zahlreichen Autorinnen und Autoren dieses agrarpolitischen Jahrbuchs, das umso wichtiger wird, je mehr die Politik sich ihrer Berichtspflicht entzieht. Denn neben dem Waldzustandsbericht sollen ja nach dem Willen der Bundesregierung auch der Tierschutzbericht und der Agrarbericht nur noch alle vier Jahre erscheinen.

Dank gebührt auch den Stiftungen und Organisationen, die – zum Teil bereits seit Jahren – die Arbeit am Kritischen Agrarbericht durch ihre finanzielle Unterstützung ermöglichen und auch inhaltlich zu seinem Gelingen beitragen.

*Für die Redaktion:*

Manuel Schneider, Andrea Fink-Keßler,  
Friedhelm Stodieck

*Für den Vorstand des AgrarBündnis:*

Heidrun Betz, Friedrich von Homeyer,  
Siegfried Jäckle, Bernd Voss, Hubert Weiger

München, im Dezember 2007